

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT

Freyburg, den 16.03.2026
00-00-30 la-bö

N i e d e r s c h r i f t

**über die Klausurtagung des Präsidiums des
Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt
am Montag, den 16.03.026, um 15:00 Uhr,
im Sitzungsraum des Weinberghotels Edelacker,
Schloss 25, 06632 Freyburg/Unstrut**

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18.45 Uhr

Anwesend sind:

a) Mitglieder:

Präsident Bürgermeister Andreas Dittmann, Stadt Zerbst/Anhalt
Erster Vizepräsident Bürgermeister Denis Loeffke, Ilsenburg (Harz)
Vizepräsidentin Bürgermeisterin Mandy Schumacher, Hansestadt Gardelegen
Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Robert Reck, Stadt Dessau-Roßlau
Oberbürgermeisterin Simone Borris, Landeshauptstadt Magdeburg
Oberbürgermeister Dr. Alexander Vogt, Stadt Halle (Saale)
Bürgermeister Jens Hünnerbein, Stadt Gommern
Bürgermeister Norman Klebe, Stadt Arendsee (Altmark)
Oberbürgermeister Bert Knoblauch, Stadt Schönebeck (Elbe)
Bürgermeisterin Claudia Renner, Gemeinde Edersleben
Bürgermeister Nico Schulz, Stadt Osterburg (Altmark)
Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr, Verbandsgemeinde Egelner Mulde
Oberbürgermeister Torsten Zugehör, Lutherstadt Wittenberg
Landesgeschäftsführer Bernward Küper, Landesgeschäftsstelle

b) stellvertretende Mitglieder:

Bürgermeister Enrico Schilling, Stadt Gräfenhainichen
Bürgermeister Peter Müller, Stadt Zahna-Elster
Verbandsgemeindebürgermeister Kay-Uwe Böttcher, Verbandsgemeinde Weida-Land
Bürgermeister Sven Hause, Stadt Calbe (Saale)
Bürgermeister Steffen Schmitz, Braunsbedra
Oberbürgermeister Christian Thieme, Stadt Zeitz
Bürgermeister Carsten Staub, Lutherstadt Eisleben
Beigeordnete Inga Otte-Sonnenschein, Landesgeschäftsstelle

c) als Gast

Ministerpräsident Sven Schulze

Dr. Mario Hesse, Universität Leipzig; Institut für öffentliche Finanzen und Public Management

d) von der Landesgeschäftsstelle:

Referent Jörn Langhoff

Sachgebietsleiterin Sylvia Laumann als Protokollführerin

Tagesordnung:**1. Aktuelle Begutachtung des vertikalen FAG**

Referent: Dr. Mario Hesse, Universität Leipzig; Institut für öffentliche Finanzen und Public Management

2. Aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie des Landes Sachsen-Anhalt

Gast: Ministerpräsident Sven Schulze

3. Verschiedenes**Zu TOP 1 - Aktuelle Begutachtung des vertikalen FAG**

Referent: Dr. Mario Hesse, Universität Leipzig; Institut für öffentliche Finanzen und Public Management

Herr Küper eröffnet die Klausurtagung und übergibt das Wort an Herrn Dr. Hesse.

Herr Dr. Hesse führt anhand der beigefügten Power Point Präsentation zum Finanzwirtschaftlichen Gutachten zur Novellierung des kommunalen Finanzausgleichs in Sachsen-Anhalt aus.

Er erläutert dabei die Bestimmung der Angemessenheit der FAG-Masse, das aktuelle Modell zur Bestimmung der FAG-Masse, ein mögliches Alternativmodell, untergliedert nach externer und interner Perspektive. Herr Dr. Hesse stellt dabei auch ein Vergleich zu den anderen 13 Flächenländern her. Bei der Betrachtung einer externen Perspektive erläutert Herr Dr. Hesse anhand der in den Gemeinden erhobenen Realsteuern (Grundsteuer B und Gewerbesteuer) ein mögliches Mehraufkommenspotential verglichen mit den anderen Bundesländern und unter Berücksichtigung der Gemeindegrößenklassen. So seien z. B. für 2024 im Bereich der Grundsteuer B Mindereinnahmen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und im Bereich der Gewerbesteuer ein leicht über den Durchschnitt zu verzeichnendes Mehraufkommen festzustellen.

Herr Langhoff stellt dar, dass gerade bei der Berücksichtigung der Realsteuern beachtet werden müsse, dass in Sachsen-Anhalt eine sehr heterogene Verteilung der Gewerbesteuerinnahmen festzustellen sei. Ca. 10 Prozent der Kommunen in Sachsen-Anhalt vereinnahmen ca. 2/3 der gesamten Gewerbesteuer. Dies sei aus seiner Sicht kein reines horizontales Problem, sondern müsse auch bei der vertikalen Bedarfsermittlung eine Rolle spielen.

Überdies erläutert Herr Dr. Hesse die Probleme bei der Bewertung kommunaler Bedarfe und stellt dar, dass es schwierig sei, aus finanzwissenschaftlicher Sicht den Begriff angemessener Bedarf festzuschreiben. Daher müsse für eine Analyse auf relative Bedarfe z. B. in Form der Ist-Auszahlungen der kommunalen Kassenstatistik zurückgegriffen werden.

Herr Dittmann hinterfragt die Anwendung einer Analyse auf der Basis von Ist-Auszahlungen, weil dadurch wohlmöglich keine systematische Verbesserung des Finanzsystems für die Kommunen eintreten könne.

Im Weiteren erörtert Herr Dr. Hesse alternative Ansätze im geltenden FAG-Modell zur Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der kommunalen Aufgabenerledigung und zur Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit. Hier wird u. a. der Kommunalisierungsgrad und die freiwillige Aufgabenerfüllung betrachtet. Der Kommunalisierungsgrad sei unterdurchschnittlich, dies bedeute, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen höher liege, als dies im Flächenländervergleich erwartet werden könnte.

Bei der Betrachtung der freiwilligen Aufgabenerfüllung sei ein Ländervergleich hingegen schwierig, so Dr. Hesse.

Herr Hünerbein gibt zu bedenken, dass der Begriff der freiwilligen Aufgabenerfüllung sehr unterschiedlich ausgelegt werde.

Herr Dr. Hesse sagt, dass für diesen Bereich ein eigenes Raster entwickelt wurde, damit eine Vergleichbarkeit möglich sei. Dabei seien die kommunalen Produkte des Produktrahmenplans die Grundlage gewesen.

Herr Langhoff stellt dar, dass das Thema über die Höhe der freiwilligen Aufgabenerfüllung bisher stets zu kritischen Diskussionen mit dem Land geführt habe. Angesichts anderweitiger politischer Vorgaben z. B. im Rahmen des Ausgleichstockerlasses sei für ihn der Mehrwert dieser Diskussion bisher nicht erkennbar.

Zudem werde das Gutachten sehr wahrscheinlich auch einen Hinweis geben, dass die Abschreibungen zur Beurteilung des investiven Bedarfs künftig berücksichtigt werden sollten, um auch den Gemeinden die Möglichkeit einer wieder größeren Investitionstätigkeit zu ermöglichen.

Abschließend betont Herr Dr. Hesse, dass das geltende FAG im Bundesvergleich durchaus Vorteile habe, weil die Kommunen v. a. vor konjunkturellen Schwankungen und deren Auswirkungen auf die Einnahmen relativ gut geschützt werden.

Zu TOP 2 - Aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden sowie des Landes Sachsen-Anhalt *Gast: Ministerpräsident Sven Schulze*

Herr Präsident Dittmann begrüßt den Ministerpräsidenten des Landes und dankt für die Möglichkeit zu kommunalen und landespolitischen Themen gemeinsam in die Diskussion zu kommen.

Ministerpräsident Schulze trägt zu Beginn seiner Ausführungen vor, dass die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Ebene und der Landesregierung künftig intensiver und auf Augenhöhe erfolgen müsse.

Im gemeinsamen Dialog wurden vor allem Themen aus den fünf – nachfolgend benannten – zentralen Handlungsfeldern erörtert:

- Mehr Gestaltungsspielräume und eine stärkere kommunale Eigenverantwortung.
- Eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung, die dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ gerecht wird.
- Ein konsequenter Bürokratieabbau, um staatliche und kommunale Verwaltungen handlungsfähiger zu machen.
- Eine partnerschaftliche Aufsicht, die auf Vertrauen und Unterstützung statt auf Kontrolle setzt.
- Eine gemeinsame Digitalisierungsstrategie, die klare Standards mit einer gesicherten Finanzierung durch das Land verbindet.

In der sich anschließenden Diskussion stellten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums und der Ministerpräsident heraus, dass es dringenden Handlungsbedarf insbesondere bei der Gestaltung einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Ebene sowie bei der Neuordnung der Fördermittelstruktur als auch der Verwaltungsstruktur gibt. Letztere umfasst die Notwendigkeit eines professionellen Change-Managements und vor allem ein Überdenken der Aufgabenstrukturen und Prozesse. Einigkeit bestand, dass hierfür teils auch mutige Entscheidungen notwendig sein werden.

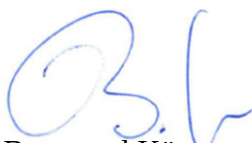
Das Präsidium äußerte gegenüber dem Ministerpräsidenten auch die Notwendigkeit, dass es künftig verlässliche finanzielle Zusagen, mehr Vertrauen in die Kompetenz vor Ort und weniger bürokratische Anforderungen geben müsse. Die Gemeinden seien bereit, einen Teil der Verantwortung zu tragen, aber von der Landesregierung müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zu TOP 3 – Verschiedenes

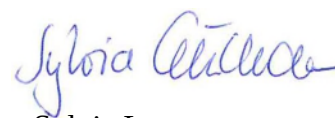
Es werden keine Anfragen und Anmerkungen gestellt.



Andreas Dittmann
Präsident



Bernward Küper
Landesgeschäftsführer



Sylvia Laumann
Protokollführerin